

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Verzeichnis der Abbildungen	IX
Verzeichnis der Tabellen	XI
Verzeichnis wichtiger Abkürzungen	XIII
Liste der Untersuchungen, die in Zusammenarbeit mit dem vermögens- politischen Arbeitskreis entstanden sind	XVII

Teil I Konzeption der Vermögenspolitik

Kapitel 1: Zur Entwicklung der vermögenspolitischen Debatte	1
Kapitel 2: Das Aktionsfeld einer Politik zur individuellen Vermögensbildung	6
1. Vermögensarten, Eigentumsrechte und Eigentumsformen	6
2. Das Einzeleigentum	10
a. Das persönliche Gebrauchsvermögen und dessen vermögenspolitische Problematik	10
b. Das spezifische Sicherungsvermögen und die Vergleichbarkeit des Vermögens von Arbeitnehmern und Selbständigen	15
c. Das Erwerbsvermögen in Einzeleigentum	17
(1) Das Sach- und Geldvermögen in Einzeleigentum	17
(2) Die besondere Stellung des Humankapitals	17
3. Das Gruppeneigentum	20
a. Das Erwerbsvermögen und die damit zusammenhängenden Dispositions- rechte	20
b. Das Gebrauchs- und Sicherungsvermögen in der Verfügung von Gruppen	29
Kapitel 3: Die Bedeutung des Privateigentums für vermögenspolitische Konzeptionen	32
1. Vermögenspolitik in der Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit	32
2. Alternative Freiheitsbegriffe	34
3. Der Einfluß der Vermögenspolitik auf die materiale Freiheit	37
4. Die Sicherheit als der zeitliche Aspekt der Freiheit	39
5. Das Freiheitsziel und die Verfügungsrechte der Begünstigten	42
a. Grundvoraussetzungen einer Vermögenspolitik in der Sozialen Markt- wirtschaft	44
b. Der Kreis der zu Begünstigten	45
(1) Kriterien zur Ermittlung der Berechtigung	46
(2) Die Vermögensbildungsfähigkeit	46
(3) Das bestehende Vermögen	46
(4) Nationalität	47
(5) Weitere Kriterien	47

Teil II

Einzelwirtschaftliche Aspekte der Vermögensbeteiligung

Kapitel 4: Modelltheoretische Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Vermögensbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland	51
1. Zur Systematik der vermögenspolitischen Vorschläge	51
2. Die verstärkte Förderung betrieblicher Vermögensbeteiligung.	52
3. Der Ausbau der überbetrieblichen Vermögensbeteiligung	60
a. Die Vermögensbeteiligung als umfassende gesetzliche Lösung.	60
b. Die erweiterte überbetriebliche Vermögensbeteiligung auf tarifvertraglicher Grundlage	63
4. Schlußfolgerungen	64
 Kapitel 5: Vermögenspolitische Modelle und ihre Bedeutung für den einzelnen Begünstigten und die einzelne Unternehmung	 65
1. Die Beurteilung vermögenspolitischer Modell aus dem Blickwinkel des einzelnen Begünstigten	65
a. Die Dispositionsfreiheit des Begünstigten und die Liquidierbarkeit der Anlage	66
(1) Zur Begründung von Sperrfristen.	66
(2) Die Liquidierbarkeit der betrieblichen Vermögensbeteiligung	67
(3) Die Liquidierbarkeit der überbetrieblichen Vermögensbeteiligung	70
b. Die Rendite und die Risiken der Vermögensbeteiligung	70
(1) Rendite und Risiken der betrieblichen Vermögensbeteiligung	70
(2) Rendite und Risiken der überbetrieblichen Vermögensbeteiligung.	79
c. Schlußfolgerungen für die Vermögenspolitik	82
2. Die Beurteilung vermögenspolitischer Modelle aus dem Blickwinkel der einzelnen Unternehmung.	83
a. Die Wirkungen auf die unternehmerische Entscheidungsfreiheit	83
(1) Die unternehmerische Entscheidungsfreiheit bei betrieblicher Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer	83
(2) Die unternehmerische Entscheidungsfreiheit bei überbetrieblicher Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer	85
b. Die Wirkungen auf das Mitarbeiterverhalten.	87
c. Die Wirkungen auf den Finanzierungsspielraum der Unternehmen	89
(1) Die betriebliche Vermögensbeteiligung	89
(2) Die überbetriebliche Vermögensbeteiligung.	94
d. Schlußfolgerungen für die Vermögenspolitik	97
 Kapitel 6: Die steuer- und handelsrechtliche Problematik betrieblicher Vermögensbeteiligungsmodelle: Darstellung und Lösungsvorschläge	 98
1. Zur Begrenzung der Untersuchung	98
2. Die Problemstellung	98
a. Die ertragsteuerliche Problematik der betrieblichen Vermögensbeteiligung.	99
b. Die handelsrechtliche Problematik der betrieblichen Vermögensbeteiligung	99
c. Die Problematik der Förderung betrieblicher Vermögensbeteiligung durch das 3. und 4. Vermögensbildungsgesetz	100
3. Die Bedeutung der steuerlichen Mitunternehmerschaft für die betriebliche Vermögensbeteiligung	100

a.	Die Auslegungspraxis zu § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG	100
b.	Steuerliche Folgen der betrieblichen Vermögensbeteiligung	101
	(1) Steuerliche Folgen mitunternehmerischer Betätigung	101
	(a) Gewerbesteuerpflicht des Arbeitseinkommens	102
	(b) Verlust einkunftsartspezifischer Vergünstigungen	102
	(c) Zwischenergebnis	103
	(2) Beschränkung der betrieblichen Vermögensbeteiligung auf mitunter- nehmerschaftsfreie Formen	104
	(a) Verbleibende Formen der betrieblichen Vermögensbeteiligung	104
	(b) Folgerungen	104
4.	Die gesellschaftsrechtliche Problematik der betrieblichen Vermögensbeteiligung	105
	a. Der Arbeitnehmer – ein neuer Gesellschaftertyp?	105
	b. Gesellschafterwechsel und rechtliche Rahmenbedingungen	107
	(1) Registerpflicht des Gesellschafterbestandes	108
	(2) Die Rückzahlbarkeit von Kapitaleinlagen	108
	(3) Die Problematik der Abschichtung von Vermögenswertdifferenzen beim Gesellschafterwechsel	109
	c. Folgerungen	110
5.	Lösungsmöglichkeiten für die betriebliche Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer	111
	a. Differenzierung der Lösungsstrategie	111
	(1) Das Sofortprogramm	111
	(2) Langfristig anzustrebende Lösungen	112
	b. Kurzfristige Änderungen des Steuerrechts	112
	(1) Änderungen des 4. Vermögensbildungsgesetzes	112
	(a) Der Anlagekatalog von § 2 des 4. VermBG	112
	(b) Die Neuregelung der Arbeitnehmer-Sparzulage nach § 12 des 4. VermBG	118
	(c) Die Steuerermäßigung nach § 14 des 4. VermBG für Kleinunter- nehmer	118
	(2) Änderungen des Ertragsteuerrechts	118
	(a) Einkommensteuerliche Behandlung der Überlassung von Beteiligungsrechten an Arbeitnehmer	119
	(b) Die Regelung des Zuflußprinzips	119
	(c) Gewerbesteuerliche Hinzurechnungsvorschriften	120
	c. Längerfristige Lösungen	121
	(1) Primär handelsrechtliche Lösungsansätze	122
	(2) Primär steuerrechtliche Lösungsansätze	123
	(3) Zur Beurteilung der Lösungsansätze	124

Teil III

Zur Auswahl der „richtigen“ vermögenspolitischen Strategie
für die Bundesrepublik Deutschland –
einige zusammenfassende Bemerkungen

125

Materialanhang
zur Vermögensverteilung und Vermögensbildung
in der Bundesrepublik Deutschland

Kapitel 1: Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland . . .	130
1. Grenzen der Leistungsfähigkeit von Verteilungsstatistiken	130
2. Eine globale Bestandsaufnahme des Volksvermögens in der Bundesrepublik Deutschland	133
3. Die Vermögensverteilung	139
a. Die sektorale Vermögensverteilung	141
b. Die Verteilung der Vermögen im privaten Sektor	142
(1) Die personelle Vermögensverteilung	144
(2) Die soziale Vermögensverteilung	148
4. Zusammenfassung	151
Kapitel 2: Die staatliche Förderung der privaten Vermögensbildung	153
1. Formen der staatlichen Vermögenspolitik	153
a. Die allgemeine Förderung der Sach- und Geldvermögensbildung	153
(1) Das Sparprämiengesetz	153
(2) Die Vermögensbildungsgesetze	154
b. Die Förderung bestimmter Vermögensformen	155
(1) Die Begünstigung bestimmter Formen der Geldvermögensbildung	155
(2) Die Begünstigung der Sachvermögensbildung: der Aufbau privaten Wohnvermögens	157
(3) Die Begünstigung der Humankapitalbildung	158
2. Die Nutzung des staatlichen Förderungsangebots durch die Haushalte	159
a. Die allgemeine Förderung der Sach- und Geldvermögensbildung	159
(1) Das Sparprämiengesetz	159
(2) Das 3. Vermögensbildungsgesetz	163
b. Die Maßnahmen zur Anregung des Aktiensparens	166
c. Die Hilfen zur Wohnvermögensbildung	166
d. Die Förderung der Humankapitalbildung	169
3. Die finanzielle Belastung des Staates durch vermögenspolitische Maßnahmen . . .	169
Literaturverzeichnis	175
Verzeichnis der verwendeten Urteile und Erlasse	183
Verzeichnis der verwendeten Gesetze	184
Verzeichnis der Autoren	186